

#### **4. Einführung einer Geschlechterquote in Kantonsrat, Regierungsrat, den obersten Gerichten sowie dem Ständerat (erneut)**

Parlamentarische Initiative Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich), Markus Bischoff (AL, Zürich), Judith Stofer (AL, Zürich) vom 23. September 2019  
KR-Nr. 308/2019

##### *Ordnungsantrag*

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Da es sich um ein sehr grundsätzliches Traktandum handelt, stelle ich Ihnen den Antrag,

*dass das Traktandum in freier Debatte behandelt wird und nicht beschränkt nur auf die Fraktionssprecher.*

Ich danke Ihnen.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Über den Ordnungsantrag findet keine Diskussion statt. Er gilt als beschlossen, wenn ihm 60 Kantonsratsmitglieder zustimmen.

##### *Abstimmung über den Ordnungsantrag*

**Für den Ordnungsantrag stimmen 101 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht.** Das Traktandum wird in freier Debatte behandelt.

*Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich):* Auslöser dieser erneuten PI für Geschlechterquoten war das für viele Frauen und auch Männer überwältigende Erlebnis des letztjährigen Frauenstreiks vom 14. Juni. Auch ich persönlich werde diesen Tag nicht vergessen. Eine noch nie dagewesene Menge hatte sich hier in Zürich versammelt für einen Umzug für die Gleichstellung der Frauen unter anderem auch mit Transparenten für Geschlechterquoten in der Politik.

Die bisherige Geschichte lehrt uns, dass Frauen in Gesellschaft und Politik nichts einfach so geschenkt bekommen. Gerade in der Schweiz folgen die politischen Verbesserungen für Frauen oft dem Motto «steter Tropfen höhlt den Stein»; es geht also langsam und steinig voran. Das Frauenstimmrecht und die Mutterschaftsversicherung lassen hier von Ferne grüssen.

Nun will die Alternative Liste, AL, dass sich in der Geschlechterfrage endlich wieder etwas bewegt. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung von Artikel 40 Absatz 2 der Kantonsverfassung soll eine ausgeglichene Geschlechterquote für den Kantonsrat, den Regierungsrat, die obersten Gerichte und den Ständerat in der Kantonsverfassung festgeschrieben werden. Wie wir bislang sehen konnten, ist der bisherige Satz desselben Artikels unserer Verfassung nicht verbindlich genug ausformuliert. Es steht dort: «Kantone und Gemeinden streben eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in den Behörden und in den Kommissionen an.» Diese Formulierung mit dem «anstreben» hat sich als etwas gar zahnlos erwiesen.

Weshalb? Es gibt mittlerweile verschiedene Studien, die uns hier Antworten liefern können. Zum Beispiel fanden Paula Arndt und Katharina Wrohlich (*deutsche Ökonominen*) bezüglich Geschlechterquoten im europäischen Vergleich folgendes heraus: «Harte Sanktionen bei Nichteinhaltung sind am wirkungsvollsten.» Oder: «Frauenanteile in Spitzengremien der Privatwirtschaft steigen in Ländern mit Geschlechterquoten deutlich schneller» und «Vertrauen allein auf Freiwilligkeit bringt die Gleichstellung kaum voran». Ja, leider dient das freiwillige Einhalten von Regelungen vor allem der Kosmetik und der Erhaltung des Status quo, denn, wer schränkt sich schon gerne selber ein, wenn es keine Konsequenzen nach sich zieht?

In diesem erneuten Anlauf für die Einführung der Geschlechterquote können wir bei gewissen Gremien nun einen erfreulicheren Frauenanteil feststellen. Das hat aber vor allem mit zwei Faktoren zu tun: Der erfolgreiche Frauenstreik und die Klimabewegung haben 2019 viele Frauen in verschiedene Parlamente gespült. So haben sowohl im Nationalrat wie auch im Zürcher Kantonsrat die Frauen endlich die 40-Prozent-Hürde geknackt. Auch ist die Verteilung im Zürcher Regierungsrat aktuell gerade vier zu drei zugunsten der Frauen. Trotzdem können wir nicht darauf vertrauen, dass es so bleibt. Die Erfahrung lehrt uns, dass die ausgeglichene Geschlechterquote schnell schwindet, wenn sie allein durch günstige Umstände hervorgebracht wurde und nicht konsequent gesetzlich eingefordert wird. Doch die Sicherstellung einer angemessenen politischen Teilhabe der Frauen in sämtlichen Gremien des Kantons ist längst überfällig. Das wüssten wir eigentlich alle. Und im Anschluss an mein Votum werden wir sehr wahrscheinlich einige Lippenbekenntnisse und die klassischen Totschlag-Argumente dazu hören.

Würden wir nun in der besten aller Welten leben, wäre keine Krücke wie eine Geschlechterquote nötig, um eine ausgeglichene Besetzung sämtlicher Gremien im Kanton Zürich zu erreichen. Ja, das unsympathische Wort «Krücke» wird oft verwendet, wenn es um Quoten geht. Aber ihre Funktion ist eine wichtige: Sie ermöglicht uns das Vorwärtsgen und wird nach einer gewissen Zeit überflüssig – jedenfalls in den allermeisten Fällen. Für die Alternative Liste, AL, ist daher klar: Es braucht diese Krücke-Quoten-Regelung in unserer Kantonsverfassung, damit sich das ausgewogene Geschlechterverhältnis als selbstverständlich etablieren kann. Leider geht das mit einer Einschränkung des Wählerinnen- und Wählerwillens einher. Das nehmen wir bewusst in Kauf, schliesslich machen wir das ebenfalls bei der 5-Prozent-Hürde, die in einem Wahlkreis erreicht werden muss. Dort gewichten wir die Effizienz auch höher als den Wählerinnen- und Wählerwillen. Warum also nicht auch die ausgeglichene Geschlechtervertretung?

Natürlich wissen wir, dass die Ausarbeitung, wie das auf gesetzlicher Ebene umgesetzt werden soll, Zeit braucht. Auch wir von der Alternativen Liste wollen eine praktikable Umsetzung, welche auch den Wählerinnen- und Wählerwillen soweit als möglich berücksichtigt, aber diese PI abzuschmettern und dann wieder zum Courant normal überzugehen, wird uns kein Stück weiterbringen. Wenn wir nichts tun, verändert sich auch nichts. So einfach und so banal ist es. Ebenso müssen wir weiter an den Rahmenbedingungen arbeiten, welche eine faire Verteilung der Geschlechter auf allen Ebenen in Beruf und in der Politik gewähren und auch

eine ausgewogenere Aufteilung der Familien- und Haushaltsarbeit zulassen. Dazu sind eine funktionierende und erschwingliche externe Kinderbetreuung und eine flächendeckende Einführung der Tagesschule unerlässlich.

Ganz interessant ist übrigens in diesem Zusammenhang auch der Diversity Report Schweiz dieses Jahres: In sämtlichen mittleren und grossen Unternehmen wird im Durchschnitt nur ein Frauenanteil von 14 Prozent in den Verwaltungsräten und von 19 Prozent bei der Zeichnungsberechtigung erreicht. Es gibt sie aber, die Firmen, die eine 50 : 50-Aufteilung hinbekommen. Diese haben es aber nur geschafft, weil sie sich bewusst so ausgerichtet haben, dass sie dieses Ziel auch erreichen. Es braucht dazu verbindliche Regeln; sie basieren auf den Erkenntnissen: Gemischte Teams arbeiten besser und erfolgreicher – sie sind übrigens auch profitabler und «fix the system – not the women», das heisst, es braucht Mechanismen, um genügend Frauen zu rekrutieren, fähige Frauen mit unerwartetem Ausbildungshintergrund zu erkennen und dann ebenso häufig wie Männer in Führungspositionen zu befördern. Sie sehen also: Wenn wir bei den Firmen abschauen, welche bereits Erfolg haben und das geschafft haben, was wir bereits gemäss unserer Verfassung für die ausgewogene Geschlechterverteilung anstreben sollten, gibt es nur eine Schlussfolgerung: Fix the System! Wir müssen uns ein verbindliches Ziel in der Verfassung setzen, damit es auch erreicht wird, alles andere nützt leider nichts. Die Umsetzung auf Gesetzesebene braucht Zeit, aber, wenn wir wollen, werden wir einen guten Weg finden, der endlich bei allen politischen Gremien des Kantons Zürich zu einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis führt. Sie haben heute somit die Chance, diese PI zu unterstützen und allen Frauen im Kanton Zürich ein verbindliches Signal zu senden, dass Sie bereit sind, mit der politischen Teilhabe der Frauen in den kantonalen Gremien vorwärtszumachen. Wenn diese PI nicht vorläufig unterstützt wird, dann stehen vor allem die etablierten bürgerlichen und die Mitte-Parteien unter Zugzwang. Sie sind es nämlich, die ihren Frauenanteil in vielen Gremien seit Jahren nicht genügend steigern können und den geforderten Richtwert von 40 Prozent sehr deutlich verfehlen.

So oder so: Wir von der Alternativen Liste, AL, werden am Thema dranbleiben. Besten Dank.

*Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil):* Zu dieser Geschlechterquote: Ein Q, ja, aber im Sinne von Qualität, hier konkret für Qualifizierung. Diese Eigenschaft steht bei der Besetzung sämtlicher Ämter für uns an erster Stelle. Also: Qualität vor Quantität.

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist gesetzlich geregelt. Und in den letzten 25 Jahren ist etwas Wichtiges passiert: Es hat ein Umdenken in den Köpfen stattgefunden. Es ist eine Tatsache, dass es für ein breites Umdenken jeweils mindestens einen – teilweise sogar mehrere – Generationenwechsel braucht. Es wurde also initiiert, ist sich laufend am Etablieren und auf diesem Denkmuster kann weiterhin aufgebaut werden. Denn alles, was in den Köpfen verankert ist und gelebt wird, das ist x-fach wertvoller und zielführender als aufoktroierte Quoten. Und

es gibt Frauen, die wollen. So ist zum Beispiel der Frauenanteil in den Verwaltungsräten der 30 Firmen des Börsenindex «SLI» von 25 auf 27 Prozent gestiegen – oder in Zahlen – von 309 Verwaltungsratspositionen sind 83 durch Frauen besetzt. Es ist auch hinlänglich bekannt, dass die Luft weiter oben immer dünner wird. Das bringt mit sich, dass gute Netzwerke und tragfähige Seilschaften unabdingbar sind. Das gilt nicht nur für Männer, welche das bereits perfekt beherrschen, sondern auch für Frauen in solchen Positionen – das wird vor lauter gut gemeinter Unterstützung oftmals gerne vergessen. Es ist halt einfach so: Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht; es wird dann höchstens ausgerissen und verwelkt. Frau muss also zuerst wollen. Und viele Frauen sind nun einmal nicht bereit, sei es, weil sie andere Lebensformen bevorzugen oder andere Lebensinhalte höher gewichten.

Welchen Dienst erweisen Sie also der Gesellschaft, wenn Quotenfrauen durchgeboxt werden? Genau: Sie erweisen der gesamten Gesellschaft einen absoluten Bärendienst, beleidigen die Frauen, und es bleibt immer ein schaler Nachgeschmack bei solchen «Quotilden». Und ich glaube auch nicht, dass die Männer, welche dieses Ansinnen unterstützen, ganz bis zu Ende gedacht haben. Denn was machen Sie, liebe Männer, wenn Frauen permanent bevorzugt und sie diskriminiert werden? Und, dass zu guter Letzt jegliche Quotenregelung in die Abstimmungsfreiheit eingreifen würde, das scheint bei diesem Vorstoss komplett vergessen gegangen zu sein.

Deshalb: Ein klares Nein von Seiten der SVP-EDU-Fraktion.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Um es gleich vorwegzunehmen: Die SP wird die vorliegende PI nicht vorläufig unterstützen, nicht, weil wir Geschlechterquoten nicht gut finden, denn das tun wir, sondern, weil die PI am falschen Ende ansetzt. Das Anliegen der AL unterstützen wir. Auch die SP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass Frauen und Männer im Kantonsrat, in den obersten Gerichten, im Regierungsrat und im Ständerat möglichst paritätisch vertreten sind. Dass dies keine leeren Worte sind, können Sie zum Beispiel daran sehen, dass unsere 34-köpfige SP-Fraktion hier im Rat momentan aus 19 Frauen und 15 Männern besteht. Die PI der AL setzt aber am falschen Ende an; sie will das Resultat einer demokratischen Wahl bereits im Voraus in der Kantonsverfassung festlegen, indem die Einhaltung einer bestimmten Geschlechterquote verlangt wird. Das ist demokratiepolitisch – gelinde gesagt – etwas schwierig. Das Ziel der Geschlechterparität kann nicht dadurch erreicht werden, dass die Freiheit der Wählerinnen und Wähler eingeschränkt beziehungsweise deren Willen ignoriert wird. Vielmehr muss an einem anderen Ort angesetzt werden: Wir selber haben in diesem Rat mit einer PI (KR-Nr. 63/2018) vorgeschlagen, Auflagen für die Ausgestaltung von Wahllisten zu erlassen, damit sichergestellt wird, dass die Parteien überhaupt genügend Kandidatinnen zur Wahl vorschlagen. Geschlechterparitätische Wahllisten sind die Grundvoraussetzung für Geschlechterparität nach den Wahlen, denn nur wenn die Hälfte der Kandidierenden Frauen sind, besteht ja überhaupt die Möglichkeit, dass am Ende auch die Hälfte der Gewählten Frauen sind.

Liebe AL, wir debattieren ja nun schon zum zweiten Mal über diese PI, doch auch beim zweiten Aufschlag können wir der PI nicht mehr als ein paar Sympathiepunkte abgewinnen, weil sie, wie ausgeführt, aus demokratiepolitischen Überlegungen abzulehnen ist. Wir sind aber sehr gerne bereit, uns zusammen mit euch dort für Geschlechterquoten einzusetzen, wo solche Quoten Sinn machen: Beispielsweise als Auflage bei der Ausgestaltung von Wahllisten für Parlamente, als Auflage bei der Besetzung von Kaderstellen in der Verwaltung, als Auflage bei der Bestellung von kantonalen Aufsichtsgremien und so weiter. Vielen Dank.

*Doris Meier (FDP, Bassersdorf):* Bereits im Jahr 2017 haben die fast gleichen Personen eine parlamentarische Initiative (KR-Nr. 263/2017) eingereicht, die abgelehnt wurde. Nun sprechen die Initianten davon, dass es sich bei der erneuten Eingabe nicht um eine Zwängerei handelt. Dies veranlasst mich, genauer hinzuschauen.

Die Initianten führen ihre nochmalige Eingabe darauf zurück, dass ausserhalb des Parlamentes hunderttausende von Frauen lautstark die Forderung nach Geschlechterquoten auf den Strassen und Plätzen der gesamten Schweiz und auch im Kanton Zürich gefordert haben. Beim genauen Hinsehen und Nachlesen zeigt sich aber, dass viele Frauen auf die Strasse gegangen sind, mit der Forderung nach einer raschen Durchsetzung des Grundsatzes: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit durch Lohnanalysen mit Kontrollen und Sanktionen, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dank Investitionen in Kinderkrippen und Tagesschulen, und für verbesserte Spitex- und Betreuungsangebote für erwachsene Pflegebedürftige, damit die Frauen entlastet werden. Das sind Themen, an denen wir arbeiten müssen, und nicht an den Quoten, denn grundsätzlich sind diese Forderungen richtig, und wir müssen uns dafür einsetzen, dass Frau und Mann für die gleiche Arbeit mit den gleichen Qualifikationen auch gleichviel verdienen sollen. Mit dieser Initiative lösen wir die geschilderten Probleme nicht. Ich bin gleicher Meinung wie Anne-Claude Hensch Frei: Wir müssen etwas tun, aber es gibt andere und bessere Wege.

Nach den Nationalratswahlen 2019 war in der NZZ nachzulesen, dass seit der Einführung der Proporzahlen 1919 noch nie eine Partei 17 Mandate hinzugewonnen hat und eine andere Partei mit einem Mal 12 Mandate einbüsste. Der Anteil Frauen erhöhte sich um 10 Prozent auf 42, und es gibt in Europa nur fünf Länder, in denen der Frauenanteil in Parlamenten grösser ist. Dies ist aber eben nicht nur auf den Frauenstreik zurückzuführen. Vor zwei Jahren kamen die Frauen an der Spitze der Organisation «Helvetia ruft» zum Schluss, dass sich etwas ändern müsse. Erstens ermunterten sie hunderte von Frauen für eine Kandidatur. Wer zusagte, konnte sich für Schulungskurse anmelden. Zweitens nahmen sie mit allen kantonalen Parteivorständen Kontakt auf und luden sie dazu ein, Frauen auf vordere Listenplätze zu setzen. Dies war entscheidend. Auf hinteren Plätzen sind die Wahlchancen der Kandidatinnen so gut wie inexistent. Aus jeder grösseren Partei meldete sich ausserdem eine Nationalrätin, die sich dafür zuständig erklärte, die Kandidaturen von Frauen voranzutreiben. Ebenfalls kündigte die Organisation an, dass sie ein Rating publiziert. Und wer schneidet schon gerne

schlecht ab, wenn dieses Rating den Medien zugestellt wird? Am Ende machten alle mit, von den Grünen bis zur SVP. Denn es ist schlecht für eine Demokratie, wenn ihre Parlamente die Bevölkerung nur ungenügend abbilden. Dank des Engagements dieser Organisation präsentierten sich 600 Frauen mehr zu den nationalen Wahlen 2019 als vor vier Jahren. Der Erfolg wurde erreicht, ohne dass der Staat eine Zwangsmassnahme verhängt hätte. «Helvetia ruft» hat bewiesen, dass es ohne Quoten geht; es genügt ein überzeugendes Konzept und grosser Einsatz. Der Anteil von uns Frauen im Kantonsrat ist von 61 in der letzten auf 71 in der laufenden Legislatur gestiegen, dies ohne die nun geforderte Quotenregelung. Ich persönlich möchte mit Leistung und Qualität überzeugen und nicht eine der Frauen sein, die ihren Sitz nur dank der Quotenregelung einnimmt. Die Fraktion der FDP unterstützt die Initiative auch heute zum zweiten Mal nicht und lehnt sie ab.

*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf):* «Helvetia ruft», wir haben es gerade eben gehört. Das Gender-Thema ist nach wie vor aktuell. In den letzten Jahren haben die Grünliberalen sich sehr für die Gleichstellung in allen Bereichen eingesetzt: Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, Gleichstellung der LGBT (*lesbian, gay, bisexual, transgender*), aber auch Menschen mit Beeinträchtigungen.

Auch unser Vorstosspaket zur Finanzierung ausserfamiliärer Betreuung ist ein wichtiger Meilenstein für die Gleichstellung und Chancengleichheit der Frauen. Und nicht zuletzt haben wir in der letzten Legislatur erkannt, dass die Frauen der GLP-Fraktion im Kantonsrat mit damals lediglich zwischen 20 und 30 Prozent deutlich untervertreten waren. Heute haben wir einen Frauenanteil von über 50 Prozent, zwischendurch war er sogar bei zwei Dritteln. Dieses Beispiel zeigt eines sehr deutlich: Das Geschlechterverhältnis ist nicht in Stein gemeisselt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und jede Partei kann ihren ganz spezifischen Beitrag zur Gender-Äquivalenz im Kantonsrat leisten. Auch beim Gesamtkantonsrat zeigt sich ein ähnliches Bild: Statt weniger als ein Drittel wie in der letzten Legislatur, sind wir nun über 40 Prozent Frauen – die geforderte Geschlechterquote ist also bereits erfüllt. Viele Parteien haben den Geist der Zeit erkannt. Gut möglich auch, dass die Kampagne «Helvetia ruft» dazu beigetragen hat, dass sich gut qualifizierte Frauen für ein spannendes, aber doch zeitintensives politisches Amt entscheiden.

Das Gender-Thema ist also im Grundsatz berechtigt. Eine ausgewogene Geschlechtervertretung in allen Gremien ist definitiv wünschenswert. Als Weg dazu wäre eine Empfehlung oder ein Gender-Ziel für diverse politische Ämter durchaus denkbar. Eine starre Quote hingegen ist aus demokratiepolitischen Gründen schlicht nicht umsetzbar. Eine Wahl von Kantons-, Regierungs- und Ständeräten ist eine Volkswahl. Das Volk, der Souverän, entscheidet, welche Vertreterinnen und Vertreter es in die Legislative und Exekutive delegieren möchte. Für den Regierungsrat würde dies gemäss der Initiative bedeuten, dass immer mindestens drei Regierungsrätinnen und drei Regierungsräte in der kantonalen Exekutive vertreten sein müssten. Das wäre eine gekröpfte Demokratie bei einem sehr intrans-

parenten Wahlsystem. Ein Parlament setzt sich aus vom Volk gewählten Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Parteien zusammen. Auch da ist der Vorstoss nicht zu Ende gedacht. Oder wie bitte sehr soll das Nachrücken bei Kantonsrat-Austritten organisiert werden, wenn das Männer- oder das Frauen-Quorum bereits voll ist? Dürften dann – entgegen dem Volkswillen – nicht die nächsten auf der Liste, sondern nur die nächsten Frauen auf der Liste berücksichtigt werden?

Am augenfälligsten sieht man die Unmöglichkeit der Forderung beim Ständerat: Da würde ausschliesslich ein ausgewogenes eins zu eins Gendermodell die Anforderungen der Initiative erfüllen. Würde im ersten Wahlgang nur eine Person gewählt, dürften weitere gendergleiche Kandidaten beim zweiten Wahlgang genau genommen gar nicht mehr antreten. Wäre dann Ständerat Noser nun nicht gewählt? Oder doch? Ein solches oder ähnliches Wahlprozedere wäre absolut undenkbar, absurd und demokratiepolitisch äusserst bedenklich.

Das Gender-Thema bleibt wichtig. Das Korsett der PI ist aber viel, viel zu eng. Wir werden sie immer noch nicht unterstützen, auch nicht, falls der gleiche Vorstoss noch ein drittes Mal eingereicht werden würde. Das Thema ist aber wichtig, und wir bleiben dran.

*Florian Heer (Grüne, Winterthur):* Diese PI der Alternativen Liste trifft einen wunden Punkt unserer Gesellschaft; einen sehr alten wunden Punkt. Die Gleichheit der Geschlechter in den aufgezählten Gremien ist nach wie vor nicht da, wo sie verfassungsgemäss sein sollte. Die Zürcher Kantonsverfassung – wir haben es gehört – Artikel 4 Absatz 2 hält unmissverständlich fest: «Kantone und Gemeinden streben eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in den Behörden und in den Kommissionen an.» Dies sollte als Auftrag an alle Parteien verstanden werden.

Als Beispiel überschlug ich kurz den Frauenanteil hier im Rat. Löbliche Spitze ist aktuell die SP mit 62 Prozent Frauenanteil, gefolgt von der GLP mit 56 Prozent. Am andern Ende der Skala liegen die SVP mit 22 Prozent, EVP 12 Prozent und die EDU mit sage und schreibe 0 Prozent. Sie sehen: Da ist noch Luft nach oben. Die anderen Parteien erfüllen übrigens die von der PI geforderten 40 Prozent.

Ein Blick auf drei zufällige ausgewählte Gerichte im Kanton Zürich: Das Steuerrekursgericht hat einen Frauenanteil von 33 Prozent, das Verwaltungsgericht von 45 Prozent, das Baurekursgericht von 29 Prozent, und dies, obwohl der Frauenanteil an den Schweizer Universitäten in der Fachrichtung «Jus» mittlerweile bei 64 Prozent liegt – nachzulesen im «Blick» vom 29.9.2020.

Uns ist vermutlich allen bekannt, dass die Schweiz nicht gerade ein Vorzeigeland in Sachen Frauenrechte war und auch noch nicht ist. Wir haben seit 1971 das Wahlrecht für Frauen. Ein kleiner Vergleich über den Teich: Neuseeland als ehemalige Kolonie und damaliges Drittwelt-Land hat es 1893 eingeführt. Das sind 78 Jahre vor der Schweiz – für uns etwas peinlich.

Wir haben seit 1981 den Gleichstellungsartikel in der Verfassung, wir haben ein Gleichstellungsgesetz seit den 90er Jahren; hier hinkten wir im mitteleuropäi-

schen Durchschnitt ebenfalls hinterher. Und in den Gremien sind die Frauen immer noch 30 bis 40 Jahre später deutlich unterrepräsentiert. Brauchen wir eine weitere Starthilfe?

Wir Grünen setzen uns seit jeher für eine gerechte Geschlechter-Verteilung ein. Wir können uns vorstellen, eine solche Forderung in die Verfassung zu schreiben. Wenn Freiwilligkeit über Jahre nicht hilft, einen Missstand zu beheben, braucht es den Werten entsprechende Konkretisierungen.

Noch zum Schlagwort «Quotenfrauen»: Quoten sind für die Schweizer Demokratie nichts Ungewöhnliches. Ich erinnere an den Ständerat als Standesvertretung der kleineren Kantone, die Parteienverteilung an Gerichten, Schul- und Sozialhilfebehörden oder an die ungeschriebene Quote der Zaubersformel.

Leider hat die vorliegende PI – wir haben es gehört – auch Mängel. Den Willen der Wählerinnen und Wähler nachträglich zu lenken, erachten wir nicht als zielführend, ja sogar hart an der Grenze unseres Demokratieverständnisses. Wir sind der Meinung, auf den Wahllisten sollten die Geschlechter paritätisch vertreten sein. Wir Grüne leben dies seit unserer Gründung und sehen dies als Teil unserer Grünen-DNA – nachahmen ist selbstverständlich auch hier erlaubt. Wir sehen den Weg eher über die Verpflichtung zu sogenannten «Zebra-Listen», um den Frauenanteil in den verschiedensten Gremien zu erhöhen. Auch scheint es uns nicht zielführend zu sein, eine PI nahezu unverändert innert so kurzer Zeit erneut vorzulegen, trotz des löblichen und wichtigen Anliegens.

Die Grüne Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Besten Dank.

*Yvonne Bürgin (CVP, Rüti):* Wir haben es zwar schon mehrmals gehört, und, wenn Sie die Begründung richtig gelesen haben, wird diese PI zum zweiten Mal eingereicht mit demselben Wortlaut. Die Vorgänger PI KR-Nr. 263/2017 wurde übrigens am 28. Mai 2018 mit 14 Stimmen abgeschmettert. Dies einfach zur Auffrischung ihres Gedächtnisses. Auch wenn die AL schreibt, es handle sich hier nicht um Zwängerei, doch, es handelt sich hier um Zwängerei, einmal mehr über eine Geschlechterquote sprechen zu wollen. Auch bei diesem Vorstoss erübrigt es sich, lange über Statistiken zu diskutieren, denn Sybille Marti hat es richtig ausgeführt: Diese PI setzt komplett am falschen Ort an. Auch Sonja Gehrig hat die Schwierigkeit der Praktikabilität aufgezeigt. Dieser AL-Vorstoss würde das für unsere Schweiz so wertvolle demokratische Recht einschränken. Wir dürfen doch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die abstimmen und wählen, nicht vorschreiben, wen sie zu wählen haben.

Die CVP wird diese PI auch dieses Mal nicht unterstützen.

*Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur):* Grundrechte für alle gemäss unserer Verfassung, das ist so wichtig und richtig. Dass aber weibliche Teilhabe für politische Ämter gesetzlich verankert werden soll, so wie es die Initiantinnen fordern, ist einfach nicht realistisch. Frauen sollen angemessen in politischen Ämtern vertreten sein; das ist ganz in unserm Sinn, seit es das Frauenstimm- und Wahlrecht gibt. Es ist aber ausschliesslich Sache der Parteien, ihre Frauen dementsprechend



zu fördern und sie an den entsprechenden Stellen zu platzieren, damit solche Umsetzungen überhaupt nur entfernt möglich sind. Ich habe als Ortparteipräsidentin in der Vergangenheit schon sehr viele Frauen für Wahlen auf verschiedenen Ebenen angefragt. Ich weiss also, wovon ich spreche. Und schlussendlich entscheiden ja dann die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wer gewählt wird. Die PI ist wirklich Theorie, und wir sind gegen eine solche starre Quotenregelung und unterstützen die PI nicht.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* In etwas haben die Initianten durchaus recht: Die Rechte der Frauen und die gesellschaftliche Entwicklung der Frauen in der Schweiz ist ein Pflänzchen, das sehr langsam gediehen ist. Von der Stellung in der Familie bis zur Stellung in Betrieben bis schliesslich zur Stellung in Politik, Gerichten, Parteien und so weiter. Das war ein langer Kampf.

Ich habe in der ersten oder zweiten Sitzung in diesem Rat gesagt, wir sollen den Frauen zuhören, wenn sie etwas reklamieren oder möchten. Ich bleibe dabei auch jetzt. Aber, es ist Folgendes: Die Gesellschaft hat sich nicht einfach völlig steif versteinert, sondern die Gesellschaft entwickelt sich und zurecht entwickelt sie sich auch im Sinne einer Öffnung für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Das ist eine Tatsache. Grosse Firmen suchen heute vermehrt Frauen, die bereit sind und fähig sind, in Kaderpositionen aufzusteigen, gar in den Verwaltungsrat zu kommen. Parteien suchen Frauen, die bereit sind, die die Fähigkeiten haben, und ich kann unseren Kollegen von den Grünen und der SP auch gratulieren, dass sie sehr viele Frauen gefunden haben, die die Bereitschaft haben, die Fähigkeit haben und bei den Wählern auch gut ankommen. Sind das Frauen, die aufgrund einer Quote gewählt worden sind? Nein, sie sind es nicht. Das Wichtige ist, dass die Frau sich ihrer Fähigkeiten bewusst ist, dass die Frau sich ihrer Ausbildung bewusst ist und etwas, was bereits gesagt wurde, dass die Frau auch will. Die Türen sind heute weitgehend offen. Sie sind bei den Parteien offen, sie sind bei den Wahlgremien offen, sie sind auch beim Wähler offen, der heute viel breiter bereit ist, abzustimmen.

Eine reine Quotenregelung ist ein Rückschritt und bedeutet nicht mehr Gleichberechtigung, sondern entfernt sich von der Gleichberechtigung. Wie bereits erwähnt wurde, bei Juristen haben wir heute mehr Frauen im Studium als Männer. In meiner Vorlesung «Strafverteidigung» beträgt der Frauenanteil – das ist an der Universität Luzern – 80 Prozent. Der erste Staatsanwalt von Zürich (*Beat Oppliger*) hat mir gesagt, zurzeit melden sich praktisch nur Frauen als junge Staatsanwältinnen und sind auch fähig und haben die Ausbildung. Mit der Zeit muss man anfangen, Männer zu suchen. Brauchen wir nun für alles eine Quote? Brauchen wir Männerquoten, Frauenquoten, Transgenderquoten, Farbige-Haut-Quoten, Zuckerkrankenquoten? Alles Menschengruppen, die beachtet werden sollen und gleichberechtigt sein müssen. Ich sage Nein. Und auch Gabriele Paltzer-Lang (*Schweizer Wirtschaftsberaterin*), die über «Herz und Verstand im Verwaltungsrat» geschrieben hat – ein grossartiges Buch –, indem sie die Qualitäten der Verwaltungsrätinnen der Schweiz auch analysiert, kommt zum Schluss, die Frau braucht diese Quote nicht; sie braucht ihr Selbstbewusstsein, sie braucht die

Stärke, sie braucht die Akzeptanz, die eine gesellschaftliche Akzeptanz ist, die wir hoffentlich mit der Zeit alle wollen. Mein Wille ist es, hier mitzuwirken, aber wir brauchen keine Quoten, wir brauchen keine religiösen Quoten, wir brauchen keine Quoten im Kantonsrat, zum Beispiel für Katholiken, Protestanten, Moslems, Juden. Wir brauchen Gleichberechtigung. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*Judith Stofer (AL, Zürich):* Es ist traurig; wir hören dieselben Argumente, die wir schon vor einigen Jahren gehört haben. (*Heiterkeit*) Es ist wieder diese Willensbezeugung, dass man etwas tun soll. Es sind diese Absichtserklärungen, dass man etwas tun soll, aber man macht überhaupt nichts. In den letzten Jahren hat sich wirklich nichts getan.

Es kommen auch wieder dieselben Argumente: Quotenfrauen, es ist ja richtig schlimm, wenn man eine Quotenfrau ist. Es ist so: Sie setzen einfach voraus, dass es nämlich nicht genügend qualifizierte Frauen gibt. Das steckt nämlich dahinter, dass Sie über die Quotenfrauen ablästern. Sie trauen den Frauen nämlich überhaupt nichts zu. Das steckt eigentlich dahinter.

Es wurde auch wieder vorgebracht, dass es demokratiepolitisch fragwürdig sei, eine Quote zu setzen, die zugegebenermassen – wie Anne-Claude Hensch Frei ausgeführt hat – eine Krücke ist, nämlich eine Krücke, um der ganzen Gleichberechtigung einen Schub zu geben, einen Schub, der mit Freiwilligkeit nicht zu erreichen ist; da kommen wir wirklich nirgends hin.

Es ist ein klassischer Zielkonflikt; das sprechen wir nicht ab. Doch ebenso wäre es ein Zielkonflikt wie es die SP vorgeschlagen hat, dass man irgendwie Regeln aufstellt, dass 50 Prozent Frauen auf den Wahllisten sein müssen. Das ist ebenso ein Zielkonflikt. Also, den können Sie nicht wegdiskutieren.

Bei diesem Vorstoss geht es um ein Bekenntnis, dass wir mit der Gleichberechtigung wirklich vorwärtsmachen wollen. Ganz offensichtlich wollen Sie nicht vorwärtsmachen; das entnimmt man aus den Voten, die sie einfach aus der Schublade gezogen haben. Das ist wirklich schade. Es ist auch wirklich schade, weil es eine Chance wäre. Es ist eine parlamentarische Initiative. In der Kommission hätte man nach einer adäquaten Lösung suchen können. Es geht wirklich auch darum, dass wir uns jetzt ernsthaft daranmachen, eine Lösung zu finden. Natürlich wäre es schön, wenn wir die ganze diverse Gesellschaft abbilden könnten. Wenn ich Sie jetzt anschau, wenn ich in diesen Rat schaue, sehe ich eine eher eindimensionale langweilige Sache; es sind vor allem ältere Männer, die ich da sehe. Es ist wirklich nicht sehr spannend. (*Heiterkeit*) Sie bilden die Bevölkerung eigentlich überhaupt nicht ab. So ist es. Ja, ich bin auch eine ältere Frau; das ist klar, aber ältere Frauen sind doch etwas weniger breit gestreut in all diesen Gremien. Sie wären eine wichtige Stimme. Und zum Glück sind auch ältere Frauen hier. (*Zwischenrufe*) Nein, ich trete nicht zurück, Herr Claudio Schmid, dann sind nur noch Männer wie Sie da. (*Heiterkeit*) Also, dann können wir den Kanton Zürich vergessen. Es ist einfach wirklich schade; es ist eine verpasste Chance. Sie hätten sich auf ein Experiment einlassen können. Das machen Sie jetzt nicht.

*Jeannette Büsser (Grüne, Zürich):* Nächstes Jahr, 2021, feiern wir 50 Jahre Frauenstimmrecht. Ich muss schon sagen, ich bin sehr ungeduldig. Deshalb muss ich hier, zwar unvorbereitet, auch noch etwas sagen.

Wir machen eben nicht nur Fortschritte, sondern auch Rückschritte. Valentin Landmann, warum müssten die Frauen ein Problem haben mit einer Quote? Männer sind seit 2000 Jahren Quotenmänner. Haben Sie ein Problem damit? Oder behaupten Sie jetzt allen Ernstes, dass alle Männer, die hier sind oder anderswo die besten sind? Echte Gleichstellung haben wir erst, wenn wir nicht nur gleich gut sind oder den gleichen Lohn haben, sondern wenn wir auch gleich schlecht sein dürfen. Zurzeit gibt es wirklich Quoten für Männer, männlichen Artenschutz. Deshalb empfehle ich Ihnen, diese PI zu unterstützen.

*Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach):* Ich muss jetzt Frau Stofer eines Besseren belehren. Es gibt nicht nur langweilige Voten hier von alten Männern. Ich frage konkret alle Frauen hier, insbesondere alle Frauen, die dieses Anliegen unterstützen: Was für ein Problem haben Sie? Wie können Sie allen Ernstes fordern, dass Sie aufgrund ihres Chromosomensatzes in ein Amt gehievt werden? Ich kann es nicht anders sagen. Wo ist ihr Selbstwert geblieben? Möchten Sie nicht aufgrund Ihrer Fähigkeiten, Ihres Könnens eine Stelle, einen Posten, einen Job, ein Amt erhalten? Es ist natürlich einfach, auf der Diskriminierungswelle zu surfen, heute, wo man sich kollektiv einfach grundsätzlich über alles empört. Haben Sie das Gefühl, liebe Frauen, Sie erhalten hier mehr Respekt, wenn Sie aufgrund einer Quote ein Amt erhalten haben? Da liegen Sie falsch. Ich kann alle Männer verstehen, die einmal mehr über uns Frauen lästern, wenn wir uns mit solchen Vorstössen in den Vordergrund drängen. Und im Übrigen muss hier einmal deutlich gesagt werden: Sie, meine lieben, ach so benachteiligten Frauen, betreiben genau diese Diskriminierung, die Sie selber ständig anprangern. Das können Sie doch unmöglich ernst meinen. Ich bevorzuge den Besten für ein Amt, nicht diejenigen mit zufälligerweise mit dem richtigen Geschlecht.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Als alter weisser Mann nehme ich natürlich auch gerne zu diesem Thema Stellung. Es wurde vor allem von einem Vorredner, Herrn Landmann, ziemlich gefrotzelt über Quoten, die für Zuckerkrankte et cetera seien. Das ist ja schon ein ziemlich drastischer Vergleich und auch eine Unterstellung; es zeigt, dass man das Problem nicht ernst nimmt. Sie haben gesagt, es gebe heute mehr Juristinnen, die diese Ausbildung beginnen. Als Jurist muss ich sagen: Das stimmt. Wir haben viele Bereiche, in denen mehr Frauen studieren. Aber wer sitzt dann nachher in den guten Positionen? Das sind immer noch mit Abstand die Männer. Schauen Sie, es gab eine Gender-Untersuchung des schweizerischen Anwaltsverbandes darüber, wo die Frauen in den Anwaltsbüros sitzen und wo die Männer in den Anwaltsbüros sitzen. Frauen sind vor allem in den Bereichen Sozialversicherungsrecht, Familienrecht präsent. Sie sind vor allem in Einzelbüros tätig. In den grossen Wirtschaftskanzleien, dort wo das grosse Geld im Anwaltsbereich verdient wird, dort sind die Männer weit überdurchschnittlich vertreten. Das ist die Realität. Deshalb braucht es eben Hilfen, deshalb braucht es diese

Quoten. Diese Quoten braucht es nicht nur in der Politik, diese Quoten braucht es vor allem auch in der Wirtschaft. Wir sehen es in Deutschland, wo die Diskussion schon weiter ist. Ich glaube, es wird auch in der Schweiz so kommen, dass es Quoten in den Verwaltungsräten braucht. Alles andere wird zu einem gesellschaftlichen Rückschritt führen.

*Nora Bussmann Bolaños (Grüne Zürich):* Ich bin eine Quotenfrau. Ich bin nämlich auf einer Zebra-Liste der Grünen gelandet. Da ist ganz klar immer ein Mann, eine Frau oder umgekehrt. Ich bin eine Quotenfrau. Ich habe kein Problem damit, weil auch die Männer Quotenmänner sind. In dieser PI geht es nicht darum, dass die Frauen eine Quote haben sollen. Es sollen beide Geschlechter eine Quote haben. Immer dieses Geschwätz von «dann nimmt man nicht die Besten», das ist doch gar nicht wahr. Glauben Sie wirklich, in unserer Gesellschaft haben wir so viel weniger fähige Frauen als Männer, wie heute in gewissen Gremien vertreten sind? Das glauben Sie doch hoffentlich nicht.

Noch etwas anderes zu der paternalistischen Haltung von Herrn Landmann: Ja, wir hören den Frauen gerne zu. Und wenn wir ein Anliegen haben: Wir müssen auf sie hören und etwas machen. Aber das ist genau diese Haltung, die eben die Frauen nicht fördert. Ich will nicht einfach gehört werden. Ich will mitreden, ich will mitgestalten. Das Selbstbewusstsein der Frauen wächst nicht, wenn man ihnen sagt, ja, wir hören dir zu. Das ist wie der Vater der Tochter sagt, ja, du hast schon recht, aber ich weiss letztendlich, wie es geht. Deshalb: Mit einer Quote kann ich gut leben, weil auch bei einer Quote kann man fähige Leute suchen.

*Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich):* Ich spreche hier für die FDP, gebe aber hier meine Interessenbindung bekannt: Ich bin im Vorstand von der Zürcher Frauenzentrale. Die Frauenzentrale setzt wie viele andere Organisationen und Parteien sich dafür ein, dass freiwillig gute und die besten Frauen in die Politik einsteigen. Genau das braucht es. Es braucht Programme, die die Frauen fördern, zu denen sich die Frauen freiwillig anmelden. Es sind gute Programme. Das nächste Jahr ist das Jubiläumsjahr «50 Jahre Frauenstimmrecht». Besonders dann sind sehr viele Programme und Aktivitäten geplant, damit Frauen motiviert werden mitzumachen, dass man ihnen Mut macht. Das braucht es. Es braucht keine Quoten. Wir haben Mitte November eine Frauentagung, bei der in verschiedenen Workshops Frauen informiert und motiviert werden, sich zu melden und mitzumachen. Das braucht es. Wir haben gesehen bei den letzten Wahlen: Es geht auch ohne Quoten. Es geht, wenn die Parteien die Frauen mit offenen Armen empfangen. Dann machen die Frauen mit, dann kommen die besten Frauen. Besten Dank.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht):* Ich bin im Matriarchat aufgewachsen. Mein Vater ist gestorben, als ich zwei Jahre alt war; ich wurde von meiner Grossmutter erzogen. Das Resultat sehen Sie: So schlecht bin ich nicht rausgekommen. Meine Grossmutter, und ich kann mich sehr gut erinnern als Kind, hat sich immer gegen das Frauenstimmrecht gewendet. Sie hat nämlich gesagt: Zu Hause bestimme ich.

Wenn es um die Abstimmung geht, dann diskutieren wir offen, dann haben wir beide, mein Mann und ich, eine Stimme, und wir diskutieren es aus. Wir diskutieren es aus. Ja, das ist eine andere Generation. Doch, ich muss sagen, ich habe viel Respekt vor meiner Grossmutter selig. Weniger Respekt habe ich vor den Leuten, die hier drin etwas von Quoten erzählen und es selber nicht leben, Herr Bischoff, selber nicht leben. Advoteam.ch, drei Männer und eine Frau! Treten Sie zurück, Herr Bischoff, treten Sie zurück. Das ist doch einfach faul, was hier drin erzählt wird. Es geht darum, dass die Besten da sein sollen. Wir vertreten nämlich das Volk und wir sind da für das Volk. Wir sind die Vertreter des Volkes, aber nicht die Vertreter von irgendwelchen Quoten von Männlein, von Transgender und ich weiss nicht was. Das ist doch nur eine Plattitüde der AL und da sitzen noch ein paar Grüne und ein paar SPler drauf. Hört auf und lehnt das ganz wuchtig ab.

*Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau):* Wir reden immer über Quoten, Geschlechterquoten. Ich habe hier gelernt, dass es hier verschiedene Geschlechter gibt, nicht nur Frauen und Männer. Wie soll denn das gehen? Das ist die eine Frage. Das Andere ist, und das ist nun wirklich meine Einstellung, mann muss wollen, frau muss wollen. Warum sind denn viele Frauen meistens eher sozial tätig? Warum werden sie Lehrerinnen und nicht Bauingenieur? Weil sie es wollen. Wir müssen wollen, uns in der Politik zu engagieren. Viele wollen nicht. Viele wollen keine Verantwortung in höheren Positionen übernehmen, weil ihnen dann die Zeit für anderes fehlt. Viele Frauen sind sehr breit in ihren Interessen und nicht alleine auf etwas fokussiert. Mann muss wollen, frau muss wollen. Dann braucht es weder Quoten noch sonst eine Regelung. Danke.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der PI, KR-Nr. 308/2019, stimmen 21 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht.** Die Initiative ist somit nicht vorläufig unterstützt.

Das Geschäft ist erledigt.